Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das Konsolidierungskonzept zum Abbau der Liquiditäts-kredite unter die Genehmigungsgrenze (§ 100 Abs. 5 S. 1 KVG LSA i.V.m. § 110 Abs. 2 KVG LSA) Bis zum 31.12.2045 werden 200 Millionen Euro Liquiditätskredite getilgt und in einem 3-stufigen Verfahren wie folgt abgebaut. Im Jahr 2020 wird aus städtischen Haushaltsmitteln ein Betrag von 4,00 Millionen Euro getilgt.
Im Jahr 2021 wird aus städtischen Haushaltsmitteln ein Betrag von 8,00 Millionen Euro getilgt. Die Restsumme in Höhe von 188 Millionen Euro wird im Jahr 2021 in einen Ratenkredit als Annuitätendarlehen mit festem Zinssatz umgewandelt, dessen Laufzeit am 01.01.2022 beginnt und dessen letzte Rate am 31.12.2045 abgezahlt ist (24 Jahre). Die Zinsbindungsfrist soll der Darlehenslaufzeit entsprechen. Durch dieses 3-Stufen Modell sichert sich die Stadt Halle (Saale) die Teilnahme an dem von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und NRW Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) angekündigten Entschuldungsprogramm für Kommunen mit hohen Liquiditätskrediten in voller Höhe der städtischen Liquiditätskredite, ohne dass vor Inkrafttreten des Entschuldungsprogrammes beispielsweise zum Stichtag 31.12.2021 bereits 188 Mio. Euro aus der Liquiditätsschuld der Stadt umgeschuldet sind und keine Berücksichtigung mehr finden.
Die Überführung von kurzfristigen Liquiditätskrediten in langfristige Finanzierungsinstrumente durch eine Umschuldung ist - zusammen mit weiteren Selbstverpflichtungen im jeweiligen Haushaltsplan – eine zulässige und geeignete (Konsolidierungs-) Maßnahme nach § 100 Abs. 5 S. 2 KVG LSA (so auch Kluth, Rechtsgutachten zum rechtlichen Rahmen der Ablösung von Liquiditätskrediten durch langfristige Finanzierungsinstrumente, S. 49 m.w.N.)
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das die unter 1 genannten Konsolidierungsmaßnahmen im Haushaltsplan 2020 ff. abzubilden und bis 30. September 2021 dem Stadtrat dazu einen Entwurf für einen Ratenkreditvertrag als Annuitätendarlehen mit festem Zinssatz und Laufzeit vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2045 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, mit der Landes – und Bundesregierung in Verhandlungen zur Entlastung der Stadt Halle von den hohen kommunalen Liquiditätskrediten im Sinne der Ankündigung des Bundesfinanzministers Olaf Scholz zu führen und den Stadtrat halbjährig über den Verlauf der Gespräche zu unterrichten.